

Antrag: Das Land soll sich für eine Quotierungsregelung im Aktiengesetz einsetzen.

Ein solches Engagement klingt nur dann glaubwürdig, wenn man dort, wo man ohne gesetzliche Vorgaben frei handeln kann, diese Möglichkeit auch ausschöpft. Das Land ist Gesellschafter bei verschiedenen Aktiengesellschaften. Gesellschafter haben das Recht auf die Benennung von Mitgliedern in Aufsichtsräten. Die Aufsichtsräte wiederum berufen Vorstände. Wir fordern in unserem Antrag, dass das Land seinen direkten Einfluss auch nutzt. Die Erfahrungen, die Realität zeigen doch: Ohne eine Quote werden wir die Zahl von Frauen in den Entscheidungsebenen der Wirtschaft nicht erhöhen. Von allein ändert sich nichts - die Politik ist gefordert.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

In der Politik ist das nur über die Quote gegangen, und es wird auch in der Wirtschaft nicht ohne Quote gehen.

Die Deutschland AG ist eine Männergesellschaft. Es gilt das Motto des Kölner Klüngels im wahren Wortsinn: „Mann kennt sich, Mann hilft sich.“

(Reinhold Coenen [CDU]: Unverschämtheit!)

- Realität! - Insbesondere dort, wo in Unternehmen Entscheidungen mit Breitenwirkung getroffen und hohe Einkommen erzielt werden, sind Frauen kaum noch zu finden. So sitzt in den 100 größten Unternehmen in nur einem Vorstand eine Frau, bei den Top 200 sind es gerade 11. Das entspricht 1 %. Solche Ergebnisse zeigen: Von Gleichstellung kann in Spitzenpositionen der Wirtschaft nicht einmal im Ansatz gesprochen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die meisten Studien sprechen bei einem europäischen Vergleich eine deutliche Sprache: Was sich Deutschland in Sachen Gleichberechtigung in Arbeit und Wirtschaft immer noch leistet, ist der beste Weg, sich international ins Abseits zu katapultieren. Weil es so wenig Frauen in Spitzenpositionen gibt, will ich mich hier auf einen Mann berufen. Olaf Henkel, früherer BDI-Chef, spricht von einem „Arbeitszeugnis für die deutsche Wirtschaft“.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Aha!)

Es habe sich in den vergangenen Jahren verdammt wenig getan. Wenn sich nichts ändere,

dann müsse der Gesetzgeber nachhelfen. - Genau das wollen wir tun, als Gesetzgeber und auch als Miteigentümerinnen von Unternehmen. Ich meine, wir sind nur dann glaubwürdig - und Glaubwürdigkeit gehört in der Politik zu den wertvollsten Gütern - und können glaubwürdige Gleichstellungspolitik nur dann machen, wenn wir unser eigenes Verhalten unseren Ansprüchen anpassen. Das Land, Herr Bode

(Minister Jörg Bode spricht an der Regierungsbank mit Karin Bertholdes-Sandrock [CDU])

- Herr, Bode, bitte hören Sie mir einmal zu! -

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Er wird von einer Frau in Beschlag genommen! - Gegenruf von Ursula Helmhold [GRÜNE]: Und er ist Kavalier!)

wirbt ja mit seiner Imagekampagne für ein innovatives Niedersachsen. Schade, dass Herr Wulff nicht da ist. Ich bin sicher, die Innovation, dass mehr Frauen Verantwortung auf Führungsebenen übernehmen, ist längst überfällig. Herr Wulff, Herr Bode, wäre es nicht eine wunderschöne Beschreibung für unser Bundesland, wenn es hieße, bei uns wirtschaften die Frauen?

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Auch Männer würden davon profitieren. Viele Studien zeigen: Unternehmen, die Frauen in den Aufsichtsräten haben, wirtschaften erfolgreicher. Unser Antrag fördert nicht nur die Frauen, er fördert auch die Wirtschaft - die Wirtschaft in Niedersachsen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Herzlichen Dank, Frau Twesten. - Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Groskurt. Bitte schön!

**Ulla Groskurt (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kommt der Meinung der SPD-Fraktion sehr entgegen. Wir werden ihn unterstützen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Allerdings würden wir den Antrag aus unserer Sicht noch um einige notwendige Aspekte erweitern wollen. Dazu verweise ich auf den Antrag der SPD-Fraktion aus der 15. Wahlperiode „Erwerbspersonenpotenziale besser ausschöpfen - mehr Frauen in die Chefetagen“.

Wir bekräftigen unsere Forderung nach einer Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben. Dies ist trotz vieler Appelle durch freiwillige Maßnahmen nicht erreicht worden. Die Gleichstellung in Deutschland braucht neue Impulse. Es müssen klare gesetzliche Regelungen für Verbindlichkeit sorgen, damit Chancengleichheit im Erwerbsleben hergestellt werden kann. Da unterstütze ich Frau Twesten ausdrücklich. Handlungsbedarf gibt es vor allem bei dem Ziel der gleichen Entlohnung für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern sowie der Durchsetzung tatsächlicher Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und einer deutlichen Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten, wie in Ihrem Antrag gefordert, in Vorständen, aber auch in Leitungspositionen in Wirtschaft, Forschung und Lehre.

Vor diesem Hintergrund unserer Forderungen stelle ich zu Ihrem Punkt 1 fest: Wir wollen die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt grundsätzlich verbessern. Das Ganze wie in Ihrem Antrag ausschließlich auf die Besetzung von Positionen in niedersächsischen börsennotierten Aktiengesellschaften zu begrenzen, finden wir zu kurz gegriffen. Frauen sind auf jeder Ebene in Leitungsfunktionen unterrepräsentiert. Die Forderung nach angemessener Berücksichtigung in Fach- und Leitungspositionen muss also viel früher beginnen. Der Berufsweg muss von Beginn an durchgegendert werden, wie es so schön heißt. Eine Quote muss von Anfang an berücksichtigt werden.

Zu Punkt 2: Hier habe ich ein kleines Problem. In Aufsichtsräten sind überwiegend Personen kraft ihres Amtes. Beispielsweise ist der Ministerpräsident praktisch automatisch im Aufsichtsrat von VW. Das bedeutet, dass wir auch hier viel früher damit beginnen müssen, auf die Quote zu achten. Da reicht es nicht, den börsennotierten Aktiengesellschaften mit Sanktionen zu drohen. Vielmehr muss, wenn ich Ihren Antrag mit dem Zeitpunkt zugrunde lege, ab wann es besser werden soll, nach 2012 eine Frau Ministerpräsidentin sein!

(Zustimmung bei der SPD)

Dafür muss dann aber wohl die Opposition sorgen. Nach den Erfahrungen, die wir bisher mit der Koalition gemacht haben, wird das sonst nämlich nichts.

(Ulf Thiele [CDU]: Frau Griefahn! -  
Gegenruf von Minister Jörg Bode:  
Olaf Lies hat keine Chance!)

Oder wie wollen Sie dieses Problem lösen, liebe Fraktion Bündnis 90/Die Grünen?

Zu Punkt 3: Die Idee der Einrichtung einer deutschlandweiten zentralen Datenbank ist gut. Auch hier bitte ich aber um eine Erweiterung auf Leitungsfunktionen auf allen Ebenen. Dabei könnten bereits bestehende Datenbanken ausgebaut und genutzt werden.

Die Nutzung bestehender Datenbanken können wir auch dem Telekom-Chef vorschlagen, damit er seinem erklärten Ziel, bis 2015 30 % Frauen im Top- und Mittelmanagement zu haben, schneller näherkommt. Die Telekom hat es verstanden. Sie will ihr Topmanagement mit mehr Frauen besetzen, weil sie nämlich erkannt hat: Das ist einfach besser für den Erfolg!

Auch Telekom-Personalvorstand Thomas Sattelberger hat es verstanden, wenn er erklärt, die Frauenquote sei die Antwort auf die mittelfristige Entwicklung des Arbeits- und Talentmarktes. Bereits heute seien beispielsweise rund 60 % der Absolventen von wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen an deutschen Hochschulen Frauen. Weiter sagt er:

„Dennoch hindert eine ‚gläserne Decke‘ offensichtlich zu viele weibliche Talente an ihrem Weg nach oben. Mit der Frauenquote werden wir diese Decke durchbrechen.“

Er hat es wirklich verstanden.

Der Frauenanteil in deutschen Unternehmen ist vor allem in den Chefetagen sehr gering. So gibt es derzeit - Frau Twesten hat die Zahlen eben schon eingeführt; ich erweitere das noch ein bisschen - 2,5 % weibliche Vorstandsmitglieder und knapp 10 % weibliche Aufsichtsräte, von denen der große Teil aber über die Gewerkschaften entsandt wird.

(Zuruf von der SPD: Die Finanzkrise  
ist eine Männerkrise!)

Warum die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erst prüfen und Unternehmen bitten möchte, genau aufzuschlüsseln, welchen Frauenanteil es auf welchen Ebenen gebe und wie er sich entwickle, ist wirklich nicht nachvollziehbar. Sie sagt, eine Frauenquote für Aufsichtsräte sei allenfalls sinnvoll, wenn alle anderen Instrumente zu wenig Wirkung zeigten.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Da ist die Telekom ja weiter als die Frauenministerin!)

Wir sollten ihr vielleicht sagen, dass bereits alle anderen Instrumente versagt haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Das erinnert mich nämlich leider sehr an die Arbeitsweise der Niedersächsischen Landesregierung, Themen wild entschlossen zu vertragen.

(Uwe Schwarz [SPD]: Sehr gut!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Telekom ist entschlossener bei der Umsetzung von mehr Gleichstellung als die zuständige Bundesministerin. Denn wer wie die Ministerin unbeirrt auf die Freiwilligkeit der Wirtschaft setzt, der nimmt die Realitäten in den meisten Unternehmen nicht zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD)

Nach wie vor bleiben dort die Potenziale qualifizierter Frauen viel zu oft ungenutzt.

Gefreut hat mich, dass auch die Frauen-Union in der CDU konkrete Schritte zur Gleichberechtigung von Frauen in Führungspositionen fordert. Deren Vorsitzende Maria Böhmer sagte u. a. - liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, hören Sie gut zu -: „Das Ziel muss sein, dass beide Geschlechter mit mindestens 40 % in Aufsichtsräten vertreten sind.“

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Hey, hey, hey!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sollten uns u. a. ein Beispiel an Frankreich nehmen. Die französische Nationalversammlung hat im Januar 2010 eine Gesetzesvorlage über eine Quotenregelung zum Ausgleich des Frauen- und Männeranteils in Aufsichts- und Verwaltungsräten und zur Gleichberechtigung am Arbeitsplatz in erster Lesung angenommen. Er sieht vor, dass binnen fünf Jahren Aufsichts- und Verwaltungsräte je zu 40 % mit Frauen besetzt werden müssen.

(Dörthe Weddige-Degenhard [SPD]: Hört, hört!)

Drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes muss der Frauenanteil in den betroffenen Gremien mindestens 20 % betragen. Nach sechs Jahren muss der Frauenanteil in den Führungsgremien 40 % erreicht haben. Ansonsten drohen Sanktionen. Bei Nichteinhaltung sind die Ernennungen ungültig.

Die Beratungen der Gremien sind dann gegenstandslos.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Gesetzesvorschlag könnte für Deutschland dramatische Folgen haben. Die Frauen warten hier nicht mehr lange auf ihren verdienten Erfolg, sondern gehen nach Frankreich. Wir haben eben gehört, dass wir in einem Europa ohne Grenzen leben - in diesem Fall im wahrsten Sinne des Wortes. Wir müssen uns also beeilen!

Meiner Meinung nach sollten wir aber hoffnungsvoll in die Zukunft schauen. Wer weiß? Vielleicht wird 2015 ein Antrag auf Gleichstellung von Männern und Frauen in Leitungsfunktionen notwendig sein, da die Männer die Quote nicht erfüllt haben. Eines verspreche ich - darauf können die Männer sich verlassen -: Die Frauen werden ihnen mit professioneller Hilfe zur Seite stehen - und die SPD dem Antrag der Grünen.

Danke schön.

(Starker Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Astrid Vockert:**

Danke schön, Frau Groskurt. - Für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Konrath, bitte!

**Gisela Konrath (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Anteil weiblicher Führungskräfte in deutschen Chefetagen ist verschwindend gering. Frau Groskurt hat die Zahlen eben schon genannt. In den 200 größten Unternehmen liegt der Frauenanteil in den Vorständen bei 2,5 %. In den Aufsichtsräten beträgt er 10 %, wobei darunter viele Arbeitnehmervertreterinnen sind. Damit können wir uns nicht zufriedengeben. Darüber sind wir uns selbstverständlich alle einig.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Im Übrigen ist das Ganze keine niedersächsische Besonderheit, wie Sie von den Grünen in Ihrem Antrag feststellen, sondern ein gesamtdeutsches Defizit. So sieht es auch die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Antrag zum gleichen Thema vom 24. Februar 2010 - Drucksache 17/797 -, dessen Inhalt und Formulierungen Sie übernommen und auf Niedersachsen übertragen haben.